Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5219

19. 05. 76

Sachgebiet 63

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Frau Dr. Neumeister, Frau Schleicher, Braun, Dr. Hammans, Burger und der Fraktion der CDU/CSU

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1976
hier: Einzelplan 15 – Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit
– Drucksachen 7/4100 Anlage, 7/5045, 7/5189 –

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Kommission von Sachverständigen einzusetzen, die folgende Aufgaben wahrnehmen soll:

I. 1. Untersuchung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung der rheumatischen Erkrankungen.

2. Erarbeitung von Vorschlägen zur besseren Erfassung der sozialmedizinischen und epidemiologischen Fakten und Daten, der Erkrankungen des rheumatischen Formenkreises.

3. Erstellung einer Kosten-Nutzen-Analyse des bisherigen Behandlungssystems von Rheumakranken.

4. Analyse der Situation der nationalen Rheuma-Forschung.

II. Erarbeitung von Vorschlägen

1. zur Verbesserung der Rheuma-Forschung,

2. für verbesserte Prävention und wirkungsvollere Rehabilitation der Rheumakranken,

3. zur Verbesserung der Ausbildung von Fachpersonal zur Behandlung von Rheumakranken,

4. zur Verbesserung der Aufklärung und Gesundheitserziehung sowie gezielten Information für den Rheumakranken,

5. zur Kostenersparnis und gleichzeitigen Steigerung der Effizienz der Betreuung von Rheumakranken,

6. wie institutionell eine schnellere Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf dem Gebiet der Rheuma-

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

Forschung in die Praxis erfolgen kann (Intensivierung der Arbeit der Rheuma-Liga, Gründung einer nationalen Stiftung, u. ä.).

III. Erarbeitung von Vorschlägen für Legislative und Exekutive im Hinblick auf flankierende Maßnahmen in der Gesetzgebung und Verwaltung.

IV. Der Kommission sollten angehören:

1. Vertreter der Renten- und Krankenversicherungsträger
2. Vertreter der Deutschen Gesellschaft für Rheumatologie
3. Vertreter der Deutschen Rheuma-Liga
4. Vertreter der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege e. V.
5. Vertreter der Stiftung Rehabilitation Heidelberg
6. Vertreter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
7. Vertreter der Forschung
8. Vertreter der Arbeitsmedizin.

Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit beruft im Benehmen mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung die Kommission. Die Ergebnisse ihrer Arbeit sind zu veröffentlichen.

Bonn, den 19. Mai 1976

Carstens, Stücklen und Fraktion

Begründung

Die rheumatischen Erkrankungen verursachen durch ärztliche Behandlung, Rehabilitation, Arbeitsausfall und Frühinvalidität die höchsten Kosten unter allen Erkrankungen. In der Bundesrepublik Deutschland liegt die Zahl der wegen rheumatischer Erkrankungen durchgeführten Heilverfahren der Rentenversicherungsträger vor denen der Heilverfahren für Herz- und Kreislauferkrankungen, Krebserkrankungen und Diabetes. Nach einem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes gibt es in der Bundesrepublik Deutschland 20 Millionen Rheumakranke; dabei handelt es sich hier zum größten Teil um leichte, aber kostspielige Formen, zum kleineren Teil um schwerwiegende, zu Verkrüppelungen und Invalidität neigenden Erkrankungen, die für die Betroffenen Jahrzehnte andauernde, sich ständig verschlechternde Leiden darstellen.

Die Probleme, die die rheumatischen Erkrankungen mit sich bringen, werden von der Öffentlichkeit offenbar nur langsam und zögernd wahrgenommen; die Deutsche Rheumaliga als Interessenvertretung der Rheumakranken wurde in unserem Lande erst 1970 gegründet, als letztem Land in der Europäischen Gemeinschaft.

Ein Vergleich über die Grenzen ist schwierig, da auch in den Nachbarländern Statistiken fehlen und oftmals keine begriffliche Übereinstimmung vorliegt. Trotzdem wurde ein Versuch unternommen. So wird in dem Nationalen Athritis-Gesetz von 1974 ausgeführt, daß Rheuma und verwandte Leiden des Bewegungsapparates das Hauptgesundheitsproblem der USA darstellen, da sie eine große Zahl von Amerikanern betreffen und häufigste Ursachen für chronische Schmerzen und Behinderungen sind.

In England wird die Zahl der Rheumakranken auf 5,8 Millionen geschätzt, das entspricht einer Morbidität von 17 v. H. In Österreich besteht eine Rheumamorbidität von 15 v. H., in Holland eine solche von 8,5 v. H.

Auch wenn rheumatische Erkrankungen im allgemeinen nicht tödlich verlaufen, so führen sie doch zu einer erheblichen Verminderung der Lebensqualität mit ihren psychischen und sozialen Folgen.

Daher hat die Internationale Rheumaliga (ILAR) – unterstützt durch die WHO – das Jahr 1977 zum internationalen Jahr des Rheumakranken erklärt. Trotz hoher finanzieller Aufwendungen entspricht nach Auffassung der Fachleute die Betreuung und Behandlung der Rheumakranken nicht dem derzeitigen Erkenntnisstand und nicht den Erfordernissen der modernen Rheumabehandlung.

Dazu kommt, daß die rheumatologische Forschung weitgehend vernachlässigt wurde.

Wie die Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Abgeordneten Bardens, Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein,

Spitzmüller und Genossen (Bundestagsdrucksache 7/2822) gezeigt hat, fehlen bisher nahezu alle Grundlagen für eine umfassende sozialmedizinische und ökonomische Beurteilung der Volkskrankheit Rheuma.

Hinsichtlich der Auswirkungen der rheumatischen Erkrankungen auf die Erwerbsfähigkeit ist festzustellen, daß im Zehnjahreszeitraum von 1961 bis 1971 der Anteil dieser Erkrankung an allen vorzeitigen Berentungen wegen Berufsunfähigkeit 21,7 %, wegen Erwerbsunfähigkeit 11,0 % betrug.

Von 1963 auf 1971 ist die Berufsunfähigkeitsrente wegen rheumatischer Erkrankungen vom 2. auf den 1. Platz, die Erwerbsunfähigkeitsrente vom 5. auf den 4. Platz vorgerückt.

Was die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der rheumatischen Erkrankungen anbetrifft, so ist anzumerken, daß allein im Jahre 1971 32,35 Millionen Arbeitsunfähigkeitstage wegen rheumatischer Erkrankungen angefallen sind. Dies bedeutet bei einem angenommenen Verlust am Bruttosozialprodukt von 400,— DM pro Arbeitstag einen Gesamtverlust von 12,9 Milliarden DM pro Jahr.

Nach Meinung der Fachleute könnten mit gezielten Maßnahmen Rheumaerkrankungen erfolgreicher behandelt und zugleich Kosten eingespart werden, was auch im Hinblick auf die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen dringend geboten ist.